

DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
Nummer 13 · Oktober 2009



Kommunen vor dem Schwarzen Loch

Wulff spart Städte und Gemeinden kaputt

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Editorial	Seite 2
Schuldenmacher Christian Wulff: Land trocknet	
Kommunen aus und sorgt für massiven Sozialabbau	Seite 2
Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder!	Seite 3
Milchbauern kämpfen um ihre Existenz	Seite 3
Niedersachsen braucht neues Hundegesetz	Seite 3
In Ballungsräumen fehlen Wohnungen	Seite 4
Zukunft der Nordseewerke Emden liegt im Zivilschiffbau .	Seite 4

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

wer glaubte, die Landtagssitzung in der Woche vor dem 27. September sei ausschließlich von der Bundestagswahl geprägt gewesen, irrt. Es war viel schlimmer: Nur mühsam verhüllt von der Angst vor einer Abstrafung durch die Wählerinnen und Wähler, zeichneten sich in diesen drei Tagen bereits die Konturen der kommenden Auseinandersetzungen in der niedersächsischen Landespolitik ab. Ob Werften, ob Häfen, ob die Automobilzulieferer: Konzeptlos stehen CDU und FDP vor der Vertiefung der Wirtschaftskrise. Die zögerlichen Maßnahmen zur Gegensteuerung wurden nicht durch Steuererhebungen bei den Reichen, sondern durch die höchste Neuverschuldung in der Geschichte unseres Landes finanziert. Und unter unseren Füßen fließt immer mehr Wasser in die mit radioaktiven Abfällen vollgestopfte Asse und droht das Trinkwasser unserer Enkel zu vergiften.

Durch die Wahlen zum Deutschen Bundestag ist DIE LINKE erneut stärker geworden. Wir freuen uns darüber, dass mit Schleswig-Holstein jetzt alle norddeutschen Landesparlamente freche, kreative und selbstbewusste Linksfraktionen haben. Wir werden sie nötig haben – zur Entfaltung von Kampf und Widerstand, um eine andere, eine soziale, demokratische und friedliche Politik durchzusetzen.

Es kommt auf uns alle an!

Manfred Sohn

Ihr Manfred Sohn
(Fraktionsvorsitzender)



Schuldenmacher Christian Wulff Land trocknet Kommunen aus und sorgt für massiven Sozialabbau

Die Wirtschaftskrise lässt die Steuereinnahmen des Landes Niedersachsen dramatisch einbrechen. Statt sich das fehlende Geld von denen zu holen, die vom vergangenen Boom massiv profitiert haben, will die Landesregierung nun, entgegen früherer Versprechungen, einen Schuldenberg auf türmen: Sie will in diesem und im nächsten Jahr 4,6 Milliarden Euro an Krediten aufnehmen. Die Nettoneuverschuldung soll in beiden Jahren um je 2,3 Milliarden Euro steigen. „Das ist ein Haushalt der Schuldenmacherei und der Kumpanei mit den Gierigen im Lande“, sagt Dr. Manfred Sohn, Fraktionschef der LINKEN, an die Adresse von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) im

vielleicht auch bei den Pensionen im Öffentlichen Dienst losgehen“, prophezeit Manfred Sohn. Schon heute weigert sich die Landesregierung, den Kommunen das Geld für Schulobst zu geben. Die Europäische Union würde anderthalb Millionen Euro dazuzahlen, wenn die restlichen anderthalb Millionen Euro vom Land kommen – aber Fehlzanzeige. Das ist kein gutes Omen.

Die derzeitige Krise ist vor allem das Ergebnis einer radikalen Umverteilungspolitik von unten nach oben in den vergangenen 15 Jahren. Permanente Steuerentlastungen für Reiche führten dazu, dass die privaten Vermögen weniger Bun-



Mit ihrer Finanzpolitik lädt die Landesregierung die Krisenkosten bei der Masse der Bevölkerung ab.

Landtag. „Damit treibt Herr Wulff die Kommunen in die Armut. Denen, die soziale Gerechtigkeit verdient hätten, zeigt er damit die kalte Schulter.“

Trotz der gigantischen Schuldenmacherei will die Landesregierung den Städten und Gemeinden im nächsten Jahr weniger Geld geben, die Zuweisungen werden sich um 290 Millionen Euro verringern. Wegen der sogenannten Steuerverbundabrechnung beläuft sich der Fehlbetrag für die niedersächsischen Kommunen sogar auf 540 Millionen Euro. Gleichzeitig bricht die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen in der Krise dramatisch ein. Wegen der steigenden Arbeitslosigkeit schießen zugleich die Ausgaben für soziale Pflichtaufgaben in die Höhe. Der Region Hannover beispielsweise fehlen im nächsten Jahr rund 150 Millionen Euro; die KommunalpolitikerInnen wissen nicht, wo sie dieses Geld hernehmen sollen. Das alles scheint die Landesregierung nicht zu interessieren. Die Auswirkungen dieser Politik werden verheerend sein. „Spätestens Anfang nächsten Jahres wird es mit den Kürzungen bei Kultur, Bildung, bei Bussen und Bahnen und

desbürgerInnen bis ins vergangene Jahr auf rund 700 Milliarden Euro angewachsen sind. DIE LINKE verlangt, diese Klientel zur Kasse zu bitten, anstatt die Krisenkosten bei der Masse der Bevölkerung abzuladen – was die Wirtschaftskrise weiter verschärfen würde, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einbräche. Die Kommunen müssen deutlich mehr Geld als bisher erhalten, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können. DIE LINKE fordert deshalb eine Vermögenssteuer, die ihren Namen auch verdient, eine Großensteuer und eine Börsenumsatzsteuer. Allein eine einprozentige Börsenumsatzsteuer würde jedes Jahr zusätzlich rund 30 Milliarden Euro in die Staatskassen spülen. Diese Steuer legt auch Zockern das Handwerk, weil kurzfristige spekulative Käufe und Verkäufe von Aktien uninteressant werden. Noch besser wäre eine Steuer auf alle Finanztransaktionen, denn die Börsenumsatzsteuer erfasst nur die Aktiengeschäfte. Schon ein minimaler Steuersatz von 0,1 Prozent erhöhte die Einnahmen des Staates nach Berechnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes um 35 Milliarden Euro im Jahr.

Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder!

Die Opposition im Landtag macht derzeit der Landesregierung Beine, damit ehemalige Heimkinder auf eine Entschädigung für die ihnen angetane Gewalt hoffen können. Bis heute warten die Opfer der Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik auf Gerechtigkeit. Sie wurden gequält, geprügelt und misshandelt. Viele „Erziehende“ waren schon in der Nazizeit tätig, dieselben Personen arbeiteten nach 1945 weiter als „Erzieher“ – Gehorsamkeit „wie bei Adolf“ war das perverse Ziel. Drakonische Strafen, Zwangsarbeit, Missbrauch und der Entzug von Schulbildung haben viele dieser Kinder bis heute traumatisiert.

Die meisten Heime wurden zwar von kirchlichen und anderen Trägern betrieben; trotzdem kommt dem Land bei der Aufarbeitung der Zustände eine besondere Rolle zu, weil die Länder seit 1961 für die Heimaufsicht zuständig waren. Mitarbeiter des Landes seien damit beschäftigt, noch vorhandene Akten zu sichern und zusammenzu-

tragen, sagte Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann (CDU) auf eine mündliche Anfrage des linken Abgeordneten Patrick Humke-Focks. Soweit machbar, könnten Betroffene schon jetzt ihre Akten einsehen. Bis zum Jahresende sollen alle Unterlagen an den sieben Standorten des Landesarchivs zusammengeführt sein, kündigte Ross-Luttmann an. Ein Teil der Akten wurde von den Trägern vernichtet.

Die Zeit drängt: viele Betroffene werden nicht mehr von Entschädigungen profitieren, wenn die Modalitäten nicht in den nächsten Jahren geklärt werden. Der Petitionsausschuss des Bundestages hat zwar einen runden Tisch zum Thema eingerichtet, Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) sagte aber, dass ein Entschädigungsfonds von der Bundesregierung nicht angestrebt werde. Damit es nicht bei dieser Entscheidung bleibt, wird DIE LINKE in Bundestag und Landtag weiter Druck machen.

Milchbauern kämpfen um ihre Existenz

Begrenzung der Milchmenge gefordert

Wegen des rapiden Preisverfalls bei der Milch kämpfen auch niedersächsische Milchbauern ums wirtschaftliche Überleben. Aus Protest haben sie in mehreren Städten ihre Milch in die Gülle oder aufs freie Feld gekippt. Die Bauern fordern, die Milchmenge am Markt umgehend zu verringern, damit die Erzeugerpreise wieder steigen. Die EU-Kommission will dagegen die Krise verschärfen und die Milchmenge ausweiten – getreu der Devise: Der Markt wird es richten. „Der Markt wird viele Bauernhöfe hinrichten“, betont dagegen die agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag, Marianne König. Schon heute werde die Landwirtschaft mehr und mehr zur Agrarindustrie. Kein Wunder, ist doch der Kostenwettbewerb auf den internationalen Märkten für viele Milchbauern kaum zu gewinnen. Die Wirtschaftskrise wird ihnen schließlich die Luft zum Atmen nehmen. „Ohne unsere bäuerliche Landwirtschaft verodet der ländliche Raum“, mahnt König. „Wir wollen Kühe auf der Weide in kleinen Familienbetrieben mit fairen Preisen und keine riesigen Agrarfabriken von wenigen Konzernen.“ Niedersachsen ist mit seinen vielen Dörfern besonders betroffen. Trotzdem haben die Bauern auch im Landtag keine große Lobby. Nur DIE LINKE und die Grünen unterstützen ihre Forderung nach einer Begrenzung der Milchmenge. „Die Landwirte brauchen wieder angemessene Preise für ihre Produkte“, unterstreicht Marianne König. Die VerbraucherInnen seien bereit,

einen höheren Preis für die Milch zu bezahlen, wenn das Geld auch tatsächlich den Bauern zugute kommt.



König unterstützt die Milchbauern

Statt die Forderung der Milchbauern zu unterstützen, hat die Landesregierung ein Flickwerk an Maßnahmen im Auge. Sie will die Besteuerung von Agrardiesel anpassen, Kredite umschulden und Direktzahlungen vorziehen. Die Milchbauern nennen das den Tod auf Raten. Auch die von Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU) ins Gespräch gebrachte Vorruhestandsregelung für Milchbauern behebt nicht das Problem – denn eine Hofübergabe oder der Verkauf von Weiden kann keinen Milchsee verhindern. DIE LINKE lehnt auch Subventionen für Ausfuhren in Schwellenländer ab, wie sie die Milchindustrie fordert, weil so die Bauern in den armen Ländern geschädigt werden. Um ihre Solidarität zu unterstreichen, haben alle Mitglieder der Linksfraktion den Aufruf der Milchbauern unterschrieben.

Beißattacken auf Kinder verhindern

Niedersachsen braucht neues Hundegesetz

Immer wieder werden Menschen von bissigen Hunden angefallen und zum Teil schwer verletzt – und wenn es zu Beißattacken kommt, sind besonders Kinder gefährdet. Grund genug für die Linksfraktion im Landtag, ein neues Hundegesetz für Niedersachsen zu fordern. Dieses soll Hundehaltern verbieten, ihre Hunde so zu züchten und abzurichten, dass sie ihn später als Waffe einsetzen können. Den entsprechenden Passus hat die Linksfraktion aus der Berliner Hundeverordnung übernommen. Der Gesetzentwurf geht noch weiter: Damit Geschädigte wenigstens Schmerzensgeld oder die Behandlungskosten ersetzt bekommen, sollen Hundehalter verpflichtet werden, eine Haftpflichtversicherung für ihren Hund abzuschließen. Nur dann bekommen Geschädigte auf jeden Fall Geld. Bisher gehen sie leer aus, wenn der Hundehalter pleite ist. Der linke Landtagsabgeordnete Hans-Henning Adler warb im Landtag für den Gesetzentwurf und wandte sich zugleich gegen eine Rasseliste, wie sie der SPD vorschwebt. Er widerspricht auch der CDU, die für große und schwere Hunde Beschränkungen wie Hundeführerschein oder Maulkorbzwang einführen will. Die Beißattacken in den vergangenen Wochen gingen von einem Berner Sennenhund, einem Bernhardiner und einem Mischlingshund aus – Rassen, die nicht auf Kampfhundelisten stehen. In der Beißstatistik des Landes Berlin stehen Dackel vor Pitbulls, in Hessen führt der deutsche Schäferhund die Liste an. Laut Fachleuten gibt es keine gefährlichen Hunderrassen, sondern nur gefährliche Zuchtlinien und eine gefährliche Erziehung des Hundes. DIE LINKE lehnt es außerdem ab, dass sämtliche Hundehalter einen Sachkunde-Nachweis erbringen müssen, wie es die Grünen fordern. „Wie soll das gehen?“, fragt Hans-Henning Adler. „Sollen Kinder, Oma und Opa, die auch einmal mit dem Hund Gassi gehen, diesen Test machen, und was würde das kosten?“

Zukunft der Nordseewerke Emden liegt im Zivilschiffbau

Eine Delegation des Betriebsrats der Nordseewerke Emden, der für 1.400 Beschäftigte spricht, hat im Landtag 15.000 Unterschriften für den Erhalt der Werft übergeben. „Wir werden entschlossen für unsere Werft streiten“, sagte Betriebsratschef Fritz Niemeier bei der Übergabe der Protestresolution. Seitdem ThyssenKrupp angekündigt hat, den Schiffbau auf Hamburg und Kiel zu beschränken, stehen die Zeichen in Emden auf Sturm. Auch Tausende Arbeitsplätze von Zulieferern hängen an der Schiffsproduktion. „Die Linksfraktion steht solidarisch an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Nordseewerke Emden in ihrem Kampf für die Sicherung der Werften und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze“, betont die wirtschaftspolitische Sprecherin Ursula Weisser-Roelle. Im Unterschied zu den anderen Fraktionen im Landtag, sieht DIE LINKE die Perspektive für den Schiffbau in Emden allerdings nicht im Bau von Kriegsschiffen. Bisher wurden dort Fregatten für die Bundeswehr gebaut. „Wer auf den Marineschiffbau setzt, verlängert nur das langsame Sterben der Werft“, ist Weisser-Roelle überzeugt. „Die Perspektive liegt in der Forschung, Entwicklung und im Bau von Zivilschiffen.“ Die Chancen für die Schiffbauer in Emden sieht sie in neuen wirtschaftlichen Anforderungen und den Erfordernissen des Klimaschutzes. Beides biete die Möglichkeit, auch in Zukunft wettbewerbsfähige Schiffe zu bauen.

Impressum

Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
 Titelbild: Montage AktivDruck, Göttingen
 Fotos: NASA, Rainer Recke/fotografik
 Readaktion: Christian Degener, Michael Fleischmann und Jan Langehein
 V.i.S.d.P.: Christa Reichwaldt
 Anschrift:
 Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
 30159 Hannover
 Kontakt:
 Tel.: 05 11 / 30 30 44 02
 Fax: 05 11 / 30 30 48 80
 info@linksfraktion-niedersachsen.de
 www.linksfraktion-niedersachsen.de

In Ballungsräumen fehlen Wohnungen

Land muss Förderprogramm auflegen

In allen niedersächsischen Ballungsräumen fehlen Wohnungen, vor allem bezahlbare Singlewohnungen, Wohnungen für große Familien und barrierefreier Wohnraum. Das ist das Ergebnis einer Studie des Pestel-Instituts Hannover. Auch bezahlbare Wohnungen für Ältere sind knapp. Da seit drei Jahren die Länder für die Förderung des Wohnungsbaus zuständig sind, hat die Linksfraktion beantragt, ein Wohnraumförderprogramm aufzulegen. Schließlich erhalten die Länder für diese Aufgabe bis 2013 rund 518 Millionen Euro vom Bund. Davon entfallen jedes Jahr 40 Millionen Euro auf Niedersachsen. DIE LINKE fordert, die Wohnraumförderung über 2013 zu verstetigen und mit Landesgeldern aufzustocken. Vor allem Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften sollen von der Wohnraumförderung profitieren, weil dort die Mieten bezahlbar sind. „Diese Organisationen haben sich bei der langfristigen Mietpreisbindung in besonderer Weise bewährt“, sagt der sozialpolitische Sprecher der Linksfraktion, Patrick Humke-Focks.

Das treffe auch auf ihre Rolle als staatsferne Verwaltungsinstant für sozialen Wohnraum zu.

Wenn der Antrag der LINKEN umgesetzt würde, sanken die Mieten in den betroffenen Gegenden. Private Vermieter könnten nicht mehr unter teils monopolähnlichen Bedingungen bei steigender Nachfrage die Preise in die Höhe treiben. Davon profitierten auch die stets klammen Kommunen, weil sie weniger Unterkunftskosten für Hartz-IV- und Sozialhilfe-Empfänger zahlen müssten. Von dem Programm erhofft sich DIE LINKE

nicht nur sinkende Mieten, sondern auch Unterstützung für das Baugewerbe. Schließlich könne man damit auch der Bildung von Ghettos vorbeugen, so Humke-Focks. Wenn dagegen die Wohnungspolitik nicht reagieren sollte, erwartet das Pestel-Institut für die niedersächsischen Ballungszentren deutlich steigende Mieten und weniger Wohnraum. Die Wohnqualität werde sich dann für breite Schichten der Bevölkerung nicht halten lassen, heißt es in der Studie.

Wo in Niedersachsen Wohnungen fehlen

- ▶ In den Ballungsräumen Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Oldenburg, Göttingen und Hildesheim
- ▶ Hamburger Umland
- ▶ Emsland
- ▶ Kreis Cloppenburg
- ▶ Kreis Vechta

PERSVG-KONFERENZ 2009

am 7. November 2009
 im Hotel Mercure

Gottlieb-Daimler-Straße 11, 29664 Walsrode

Hauptreferat:

Dr. Rolf Geffken: „Für mehr Mitbestimmung im öffentlichen Dienst!“

Themen der Arbeitsgruppen:

„Forderungen an ein zukünftiges PersVG im Schulbereich“

„Mehr Demokratie wagen – das PersVG und der Landesdienst“

„Mitbestimmung im kommunalen Bereich“

„Mitbestimmung in den öffentlichen Unternehmen mit wirtschaftlicher Zweckbestimmung“

Die Teilnahme ist kostenlos.
 Anmeldungen sind möglich per Telefon oder online bei der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag

